

Energie & Klima

„Brauchen neue Risikobewertung wegen des Krieges“



Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base).
Foto: dpa

Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine muss über die Sicherheit der Kernenergienutzung auch in Deutschland neu nachgedacht werden, fordert Wolfram König. Der Chef des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung betrachtet Laufzeitenverlängerungen als Gefahr für die Endlagersuche.



von Matthias Jauch

veröffentlicht am 05.08.2022

Herr König, die Debatte über eine Verlängerung der Akw-Laufzeiten in Deutschland schwelt unter dem Eindruck der Energiekrise seit Monaten. Die Union fordert, die drei Meiler noch mehrere Jahre am

Netz zu halten. Andere verlangen einen Streckbetrieb für den Winter. Welchen Nutzen hätte ein Ausstieg vom Ausstieg?

Der Nutzen einer Laufzeitverlängerung für die Sicherung der Stromversorgung steht den damit verbundenen Risiken gegenüber und muss von der Politik auf einer möglichst vollständigen Faktenerhebung entschieden werden. Bei den Risiken geht es nicht nur um die Frage der unmittelbaren Sicherheit der Kernkraftwerke. Die Debatte ist sehr dynamisch und derzeit erleben wir – wie bei der Laufzeitverlängerung 2010 –, dass die ungelöste Frage der Entsorgung der radioaktiven Abfälle in den Hintergrund rückt. Der Prozess zu einem Endlager wurde mühsam erarbeitet – nun gerät die fehlende sichere Entsorgung der hochgefährlichen Abfälle in den Hintergrund.

Jahrzehnte wurde hart um die Atomkraft gerungen, der Konflikt um das lange geplante Endlager Gorleben war eng mit ihrer Nutzung verknüpft. Was bedeutet eine Laufzeitverlängerung für die gesellschaftliche Debatte?

Denken Sie an die Technikgläubigkeit mit der man vor 60 Jahren in die Atomenergienutzung eingestiegen ist, ohne eine Antwort auf die Frage zu haben, wie man mit den radioaktiven Abfällen umgehen soll. Dann die Entscheidung für einen Standort Gorleben, dem immer der Eindruck anhaftete, dass hierbei nicht Sicherheitserwägungen, sondern politische Interessen im Vordergrund standen, dass eine Entscheidung im Hinterzimmer getroffen wurde. Nun geht es um den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und ich befürchte, dass die alten Konflikte um die Atomkraft wieder aufflammen. Erst der Ausstieg aus der Atomkraft hat es möglich gemacht, Befürworter und Gegner zusammenzubringen, um eine Lösung für den hochradioaktiven Abfall zu finden. So konnte 2017 die Endlagersuche in Deutschland auf gesetzlicher Grundlage neu starten. Und es wird noch Jahrzehnte dauern, bis ein Endlager für diese Abfälle in Betrieb gehen kann.

Es droht also ein Konflikt, wie wir ihn aus der Vergangenheit kennen.

Jedenfalls besteht die Gefahr, dass wieder einfache Antworten ohne eine tiefere Durchdringung der fachlichen Fragen im Vordergrund stehen,

sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Raum. Die Konflikte der Vergangenheit und auch Reaktorkatastrophen wie Fukushima lehren aber, dass alle Fragen zur Nutzung der Atomkraft wie zum Beispiel die Frage nach der sicheren Entsorgung geklärt werden müssen.

Macht es da einen Unterschied, ob wir von einer Laufzeitverlängerung von mehreren Jahren oder einem Streckbetrieb sprechen?

Die Abfallmengen werden sich bei einem Streckbetrieb mit bereits genutzten Brennelementen nicht erhöhen. Aber es geht nicht nur um das Umstellen eines Schalters. Jede Laufzeitverlängerung, egal ob Streckbetrieb oder befristete Verlängerung, bringt weitere Herausforderungen mit sich. Im Atomgesetz sind zahlreiche sicherheitstechnische Aspekte formuliert, etwa die Periodischen Sicherheitsüberprüfungen, die zuletzt 2009 stattfanden, und nur wegen des nahenden Abschaltens 2019 nicht mehr erfolgen musste. Außerdem haben die Betreiber gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, dass sie im Falle eines von der Politik gewünschten Weiterbetriebs die damit verbundenen Risiken nicht übernehmen würden – der Staat würde also haften müssen. Auch die finanziellen Mehrkosten der Laufzeitverlängerung würde der Bund stemmen müssen.

Dann führen wir derzeit eine sehr verkürzte Debatte?

Sie ist alles andere als vollständig.

Vor dem Hintergrund der Energiekrise wird wieder über Fracking diskutiert. Und teils besteht die Sorge, dass die Energiekrise auch das Einfallstor für neue Atomkraftwerke sein soll.

Aktuelle Untersuchungen meines Amtes zeigen, dass auch die sogenannten neuen Reaktorkonzepte nicht die Antwort auf die Energie- und insbesondere Klimakrise sein können. In Deutschland erwarte ich auch in Zukunft keine grundsätzliche Zustimmung für einen Wiedereinstieg in diese risikoreiche Stromerzeugungstechnologie.

Zusätzlich anfallender Atommüll bräuchte Platz in einem Endlager. Die Suche nach dem besten Standort für den Müll der letzten

Jahrzehnte läuft bereits. Wie steht es um die Endlagersuche?

Die Endlagersuche ist ein sehr schwieriger Prozess. Bis 2031 soll der Standort für die hochradioaktiven Abfälle gefunden sein. Ich bin inzwischen leider sicher, dass die Suche länger dauern wird. Und danach wird es noch einmal 20 Jahre brauchen, bis ein betriebsbereites Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zur Verfügung steht. Wir werden noch viele Jahre an der Erdoberfläche mit den Hinterlassenschaften der Atomenergienutzung leben müssen. Aber umso mehr brauchen wir Planungssicherheit, nämlich dass wir zu unserer Übereinkunft stehen, aus der Atomenergie auszusteigen. Mit einem Wiedereinstieg in die Atomkraft wäre die Grundlage des Suchprozesses infrage gestellt. Auch der fragile gesellschaftliche Konsens wäre in Gefahr.

Der TÜV Süd hält in einem Gutachten im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums einen Weiterbetrieb des Kraftwerks Isar 2 nach Dezember für möglich. Die Kritik daran war umfangreich, ein Greenpeace-naher Anwalt sprach von einem „Gefälligkeitsgutachten“. Wie ist das Gutachten zu beurteilen?

Das zuständige Bundesministerium hat diesem Gutachten deutliche Mängel bescheinigt. Für mich ist wichtig, dass wir eine Sicherheitsarchitektur haben, unabhängig von unternehmerischen und tagespolitischen Einflussnahmen. Der Betreiber ist für die Sicherheit seiner Anlage verantwortlich und muss der Behörde entsprechende Nachweise einreichen. Der TÜV hat als Sachverständiger den Auftrag, technische Bewertungen und Empfehlungen zu gewissen Fragestellungen abzugeben. Die staatlichen Aufsichtsbehörden haben dann zu entscheiden, ob die Nachweise des Betreibers zur Erfüllung der gesetzlich geforderten Sicherheitsnachweise ausreichen.

Wie denken Sie über das Vorgehen des TÜV Süd?

Mich hat es erstaunt, dass ein Sachverständiger eine Bewertung trifft, die erst auf Grundlage z.B. der noch zu erbringenden Periodischen Sicherheitsüberprüfung und entsprechender Betreibernachweise möglich wäre. Sicherheitsgarantien für die Zukunft ohne entsprechende Nachweise abzugeben, ist mehr als mutig und entspricht auch nicht dem

internationalen Standard nach dem Sicherheitsbewertungen im Atombereich vorgenommen werden.

Warum wäre die alle zehn Jahre fällige Periodische Sicherheitsüberprüfung (PSÜ) für dieses Gutachten notwendig gewesen?

Die PSÜ dient gerade dazu, das Sicherheitskonzept der Anlage ganzheitlich auf Grundlage des sich fortentwickelnden Standes von Wissenschaft und Technik zu prüfen und gegebenenfalls Nachrüstungen zu fordern. Mit dem Ziel, Unfälle zu vermeiden und die Sicherheit eines Akw fortlaufend zu verbessern. In Frankreich wurde bei einer ähnlichen Überprüfung z.B. eine Spannungskorrosion im Bereich des Primärkreislaufs eines Kraftwerks entdeckt. Man hat diese Korrosion dann in mehreren Kraftwerken festgestellt. Das hat mit zu der breiten Abschaltung von Akw geführt, die wir jetzt in Frankreich sehen.

Wären die deutschen Kraftwerke unter dem PSÜ-Gesichtspunkt nach 2022 sicher zu betreiben?

Ein lückenloser Weiterbetrieb kann nur unter Abstrichen bei den ansonst üblichen Sicherheitsnachweisen realisiert werden. Das haben auch die Kraftwerksbetreiber gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht. Genauso richtig ist es aber, dass es keinen Betrieb von unsicheren Anlagen in Deutschland geben wird, da hierüber die Aufsichtsbehörden nach den gültigen Regelwerken wachen. Aber eine Reduzierung des hohen Anspruchs wäre schon deshalb nötig, weil alle Beteiligten sich seit fast einem Jahrzehnt auf den Abschalttermin 31. Dezember 2022 eingerichtet haben.

Wenn man die Kraftwerke jetzt weiterlaufen lässt...

...nimmt man einen reduzierte Sicherheitsnachweis auf der Kraftwerksseite für die Sicherung der Energieversorgung in Kauf. Dem ginge ein Abwägungsprozess voraus, den die Politik zu leisten hat.

Birgt die Energiekrise das Risiko, dass Kraftwerke im Ausland über ihren Sicherheitshorizont hinaus laufen?

Wir haben einen sehr hohen, international verankerten Sicherheitsstandard, der auch gewährleistet, dass nationale Politik sich nicht einfach darüber hinwegsetzen kann. Wenn irgendwo vor dem Hintergrund der Energiekrise und des Krieges in der Ukraine ein grundsätzlicher Abstrich bei Sicherheitsanforderungen als Lösung gesehen wird, um Energiesicherheit herzustellen, wäre das nicht hinnehmbar. Man muss das Bewusstsein erhalten, dass Atomenergie etwas ist, um das man sich langfristig kümmern muss. Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie, die unglaublich lange bindet und anderen Generationen keine Freiheitsgrade lässt zu sagen: Nein, wir wollen das nicht. Der Atomkraft und dessen Folgen kann man sich nicht entziehen – selbst dann, wenn sie keinen Gewinn abwirft, sondern nur noch Kosten für die sichere Verwahrung und Entsorgung verursacht.

Von Tsunamis wie in Japan sind deutsche Kernkraftwerke nicht bedroht – aber welche Rolle spielt unter Sicherheitsgesichtspunkten die im Sommer häufiger werdende Kühlwasserknappheit?

Dieser Faktor spielt in die Frage nach der Versorgungssicherheit hinein. Der Klimawandel stellt uns bei allen großen wassergekühlten Energiegewinnungsanlagen außerhalb von Küstenregionen vor neue Probleme. In Frankreich ist es schon häufiger zu Abschaltungen wegen Kühlwassermangels gekommen. Vernetztes Handeln ist deshalb entscheidend und dazu dient auch die Periodische Sicherheitsüberprüfung. Sie soll hinterfragen: Sind unsere Wahrheiten von gestern heute noch gültig? Sind die Anforderungen, die vor nunmehr 13 Jahren an die drei verbliebenen Kernkraftwerke bei der letzten PSÜ gestellt wurden, unter den veränderten Bedingungen noch ausreichend?

Geht es dabei auch um den Schutz gegen Angriffe?

Ja, IT-Sicherheit und Cyberattacken haben beispielsweise eine andere Dimension bekommen. Genau wie mögliche Angriffe mit anderen Tatmitteln. In die Arbeit als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde müssen wir in unsere Bewertungen selbstverständlich auch Informationen zur Frage einbeziehen, ob es möglich ist, dass Dritte sich

neuer Waffen mit anderen Durchdringungsgraden bedienen und dadurch radioaktives Material freisetzen könnten.

In einem Teil Europas herrscht Krieg. Und in einem anderen, im Westen des Kontinents, stehen noch erheblich mehr Kernkraftwerke. Was bedeutet dieser Krieg für die Nutzung der Kernenergie?

Wir haben eine neue Risikobewertung vorzunehmen – auch und gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Ein Beispiel sind die 1900 Castor-Behälter, in denen in Deutschland der hochradioaktive Atommüll aktuell oberirdisch lagert. Der Inhalt jedes Behälters hat einen genehmigten Aktivitätsinhalt, wie in Tschernobyl freigesetzt wurde. Die Castoren müssen dauerhaft und sicher bewacht und kontrolliert werden. Schon allein vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine müssen wir neue Szenarien in unsere Sicherheitsbetrachtungen einbeziehen.

Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation, Rafael Grossi, hat öffentlich festgestellt, dass am von Russland besetzten Kernkraftwerk Saporischschja in der Ukraine gegen jedes Sicherheitsprinzip verstoßen wird. Wie schätzen Sie die Gefahr dort ein?

Diese Gefahr einzuschätzen, ist genau die Aufgabe des Teams der IAEO, das dort vor Ort dringend eine Inspektion durchführen muss. Das lässt sich von außen ansonsten nicht seriös bewerten. Aber die Tatsache, dass es zu diesen massivsten Verstößen gegen internale Vereinbarungen gekommen ist – durch den russischen Angriff – macht die Dringlichkeit noch einmal deutlich. Ich hoffe sehr, dass der Zugang für die IAEO jetzt kurzfristig ermöglicht wird.

Was bedeutet Saporischschja für die deutsche Debatte?

Das Interessante ist, dass kriegerische Angriffe auf Atomanlagen in der Debatte weitgehend ausgeblendet werden. Wir sehen Bilder von Kampfhandlungen an dem Atomkraftwerk – von Verstößen gegen absolute Grundregeln, die bisher für die ganze Welt gegolten haben. Zugleich führen wir hier eine Diskussion nicht nur über Laufzeitverlängerung, sondern sogar über Wiedereinstieg und Neubau

von Akw. Als es zu Beginn des Krieges in Saporischschja zu Kampfhandlungen kam, begannen nicht wenige Menschen in Deutschland Jodtabletten zu nehmen – ein Mittel zum akuten Schutz für die Bevölkerung in unmittelbarer Nähe zu einem havarierten Kernkraftwerk. Dies zeigt einmal mehr: Die Fragen im Zusammenhang mit einer möglichen Abkehr von dem Ausstieg aus der Atomenergienutzung zum Ende dieses Jahres betreffen nicht nur Naturwissenschaft und Technik, sondern auch die Risikowahrnehmung der Bevölkerung.

Das Interview führten Matthias Jauch und Christian Schaudwet.